



# Seniorenbeirat der Stadt Koblenz

**Wir vertreten derzeit 28% der Koblenzer Bevölkerung ab 60 Jahren, das sind rund 32.000 Menschen.**

Koblenz, den 2.5.2022

## Pressemitteilung

### **Seniorenbeirat Koblenz und Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz (LSV) halten das Entlastungspaket der Bundesregierung für die gestiegenen Energiekosten für ungerecht**

"Auch in Koblenz sind nicht nur Erwerbstätige, sondern ebenso zahlreiche Rentnerinnen und Rentnern wegen ihres niedrigen Einkommens durch die derzeitigen Preissteigerungen, besonders durch die hohen Heiz- und Stromkosten, stark betroffen; dass diese Bevölkerungsgruppe bei gleicher Sachlage nicht berücksichtigt werden soll, kommt verfassungsrechtlich einem Willkürakt nahe!" erklärt der Vorsitzende des Koblenzer Seniorenbeirats Prof. Dr. Heinz-Günter Borck. In unserer Stadt leben z.Z. rund 32.000 Menschen, die 60 Jahre und älter sind. Die meisten von ihnen sind von der angekündigten pauschalen Energiekostenunterstützung der Bundesregierung in Höhe von 300 Euro ausgeschlossen. Der Vorstand des Koblenzer Seniorenbeirats unterstützt deshalb nachdrücklich die Stellungnahme der Landesseniorenvertretung RPL:

„Sollen Rentnerinnen und Rentner frieren und sich nicht ausreichend versorgen können, wenn sie die in der gegenwärtigen Krise gestiegenen Heizkosten und andere Energie- und Lebenshaltungskosten nicht bezahlen können?“ empört sich der Vorsitzende der Landesseniorenvertretung RPL, Dr. Günter Gerhardt. Mit ihrem Entlastungspaket für die gestiegenen Energiekosten hat die Bundesregierung beschlossen, dass Berufstätige eine Einmalzahlung von 300 Euro erhalten, unabhängig vom Einkommen. Rentnerinnen und Rentner werden nicht entlastet!

Sozial unausgewogen und sogar diskriminierend für die rund 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner und generell für alle Menschen in Deutschland, die im Alter nicht mehr berufstätig sind, so beurteilt die Landesseniorenvertretung RPL die Maßnahme der Bundesregierung. Viele weitere

Organisationen in der Bundesrepublik, die sich für die Belange der älteren Menschen einsetzen - wie etwa die BAGSO in ihrer Pressemitteilung vom 24.März -, sehen die Einmalzahlung von 300 Euro nur an Berufstätige unabhängig vom Einkommen ebenfalls sehr kritisch.

Dies gilt umso mehr, als in Sonntagsreden regelmäßig die Wahrnehmung von Ehrenämtern gepriesen und angemessene Entlastung versprochen wird – tatsächlich werden Ehrenämtern aber überwiegend von älteren Menschen wahrgenommen, denen nun jede Entlastung verwehrt werden soll.

In der Landessenorenvertretung RPL sind mehr als hundert Seniorenvertretungen des Landes Rheinland-Pfalz vertreten. In Rheinland-Pfalz selbst lebten vom Rentenbezug laut statistischem Landesamt Ende 2020 über 912000 Menschen ab 65 Jahre, davon fast 306000 im Alter zwischen 60 und 64 Jahren.

In deren Namen und gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen in der Bundesrepublik fordert die Landessenorenvertretung RPL die Bundesregierung auf, im Entlastungspaket für die gestiegenen Energiekosten auch die Belange der älteren Generation angemessen zu berücksichtigen.